

vorhandene Potenzial - Misereor, die Deutsche Welthungerhilfe, Unicef und alle anderen, die das viel besser können - zu nutzen, um so etwas zu vermitteln.

Das wird auch der neue Ansatz bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sein: die, die das im Land schon machen, zusammenzuholen und mit ihnen gemeinsam Projekte zu entwickeln, wie denn so etwas gelingen kann, um dann eine effizientere Bildungsarbeit im Sinne einer entwicklungspolitischen Sicht von Schülerinnen und Schülern, von jungen Leuten und von anderen Bürgern des Landes zu erreichen.

Insofern ist eine alleinige Festlegung auf das Promotoren-Programm heute nicht richtig. Erlauben Sie mir aber noch eine letzte Bemerkung zu der Frage, wer denn das Programm beendet hätte usw. - damit hat Frau Kollegin Hendricks am Anfang begonnen -: Es war im Haushalt nicht vorgesehen. Sie können natürlich sagen: Wir wussten ja nicht, ob wir weiterregieren. Wir wussten ja nicht, ob die Grünen noch einmal mit dabei sind oder nicht; wenn nicht, hätten Sie es wahrscheinlich ganz eingestellt. Jedenfalls ist es nicht als Verpflichtungsermächtigung für 2006 im Haushalt gewesen.

(Theo Kruse [CDU]: So war es!)

Entweder war das handwerkliche Unfähigkeit, oder es war doch politische Absicht.

Gelöst worden ist dieses Problem durch eine im Haushaltsvollzug bekannte Maßnahme.

(Zuruf von Renate Hendricks [SPD])

- Ja, aber das haben wir gemacht. Diese Regierung hat das Problem erst einmal gelöst, damit die Leute nicht am 31. Dezember auf der Straße stehen. Einfach etwas abzuschaffen, ohne etwas Neues zu schaffen, das die gleiche Aufgabe wahrnimmt, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich komme zum Schluss.

... ist nicht unser Stil. Wenn alles so geblieben wäre, wie es von Ihnen vorbereitet war, wäre das Programm am 31. Dezember endgültig zu Ende gewesen. Es hätte keine Entwicklungszusammenarbeit des Landes mehr gegeben.

Insofern ist unsere Neuorientierung, unsere neue Akzentsetzung, der richtige Weg, das Thema der Internationalität auch in Nordrhein-Westfalen zu

stärken und in den Blick zu nehmen und es nicht abzuschaffen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich habe das Signal bekommen, dass die Wortmeldung von Herrn Dr. Berger von der Fraktion der CDU zurückgezogen wurde. - Ich sehe, dass das zutrifft. Dann liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir sind am Schluss der Beratung.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/711** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen diese Überweisungsempfehlung? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

15 Erstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/642

erste Lesung

Eine Debatte dazu ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/642** an den **Hauptausschuss**. Gibt es gegen diese Überweisungsempfehlung Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

16 Überprüfung der Mitglieder des Landtags und der Mitglieder der Landesregierung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) über eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR